

SED fürchtet das „Juni-Gespens“

Funktionäre warnen vor „17.-Juni-Stimmung“ zu den Wahlen

Zu spät scheint den kommunistischen Funktionären der unglückliche Termin ihrer „Volkswahlen“ bewußt geworden zu sein. Auf einmal entdecken sie, daß diese nur eine knappe Woche nach dem 4. Jahrestag des Juni-Aufstandes abgehalten werden. Nun fürchten sie entsprechende Demonstrationen oder — weitaus realer — einen merklichen passiven Widerstand. Diese Furcht wird gesteigert durch die Hinweise verschiedener Parteileitungen, in diesem Jahr besonders auf Kundgebungen kleinster Art zum 17. Juni zu achten und den 4. Jahrestag möglichst kommentarlos zu übergehen. Auf diese Art hat sich in den Köpfen der Funktionäre die Angst vor einer „17.-Juni-Stimmung“ zu den Wahlen festgesetzt, die den gesamten Parteiapparat bis in die Staatssicherheitszentralen hinein zu alarmieren droht.

Es ist das schlechte Gewissen der SED, das hier eine Stimmung der Angst unter den Betroffenen schafft. Kein Sowjetzonenbewohner wird ernsthaft daran denken, in der Atmosphäre eines lautlosen Terrors, unter der die kommenden „Gemeindevahlen“ stattfinden, Widerstandsaktionen gegen die Staatspartei und ihre Sicherheitsorgane durchzuführen.

Aber die SED kann auch niemanden daran hindern, daß er sechs Tage vor den „Wahlen“ an jenes Ereignis denkt, mit dem sich die Kommunisten Berhalb jeder politischen und moralischen Wertung stellten.

SED: Totschweigen!

Nur eine Partei, deren Funktionäre sich so weit vom Volk entfernt haben, konnte so ignorant sein, einen Wahlbetrug wenige Tage nach einem Datum durchzuführen, das in die Hirne und Herzen der Menschen unverlöschlich eingegangen ist. Nun — wo den SED-Funktionären diese politische Instinklosigkeit bewußt zu werden scheint — flüchten sie sich in die zweite Torheit. Den 17. Juni totschweigen um jeden Preis! Man legt „Rechenschaft“ ab und führt damit eine „Wahlkampagne“. Man erzählt den

Leuten, wieviel Konsumläden neu entstanden sind und wieviel Unterwäsche zusätzlich produziert werden konnte, aber es gibt keine politische Rechenschaft über die letzten Jahre. Niemand wagt es, sich mit dem Phänomen des 17. Juni auseinanderzusetzen. Die Erinnerung daran ist so ungeheuerlich angesichts der heutigen Wahlparolen! Die Streikenden von damals treten an die Wahlurne, um ihre Stimmen abzugeben. Nicht um sie für irgend etwas abzugeben, sondern um einfach ihrer Stimmpflicht, die ein Zwang geworden ist, zu genügen. Denn ein gegen gibt es nicht auf diesem Papier, mit dem die Kommunisten Demokratie spielen möchten.

Fragt die Kandidaten!

Und doch kann man der Partei die Diskussion um die Dinge des 17. Juni aufzwingen. Man frage die SED-Kandidaten, was sie am 17. Juni 1953 getan haben. Keiner von ihnen kann diese Frage als Provokation abtun, denn die Kommunisten selbst haben diese Frage in den letzten Jahren prüfend an ihre eigenen Gefolgsleute gestellt. Dann werden sich die Kandidaten rühmen: Wir haben die „Konterrevolutionäre“

verhaften lassen, wir haben denunziert, eingesperrt, verfolgt! Und die Wähler, die inzwischen den zweiten „17. Juni“ in Ungarn mit ansehen durften, werden um so besser wissen, was für Leute sie wählen müssen. Man erspare den SED-Kandidaten nicht diese unangenehme Szene. Wenn die Partei Furcht vor einer „17.-Juni-Stimmung“ hat und nun ihre Funktionäre beschwört, auf keinen Fall an jene Wunde zu rühren, warum soll es dann nicht der vergewaltigte „Wähler“ tun?

Am „Wahlergebnis“ ändert sich dadurch ganz gewiß nichts. Aber die SED soll die Zonenbevölkerung nicht für dumm verkaufen dürfen, indem sie eine der wichtigsten Etappen ihrer Politik — die Katastrophenpolitik, die zum 17. Juni führte, den Volksaufstand selbst und den danach geheutelten „Neuen Kurs“ — völlig aus der Terminologie ihrer Wahllosungen streicht. Der 17. Juni soll vergessen und vergeben sein. Wie aber kann die Bevölkerung dies vergessen und vergeben, wenn die SED heute die gleiche ignorante und wiedervereinigungsfeindliche Politik betreibt wie vor dem 17. Juni 1953?

Sieht diese Zeit vor der „Wahl“ nicht jener vom Frühjahr 1953 verteuftelt ähnlich, soweit es das Verhalten der SED betrifft? Warum wird die Zone hermetisch abgeriegelt zu diesen Wahlen? Warum dürfen sich die Menschen in Ost und West plötzlich nicht mehr besuchen? Warum wird den Studenten die Fahrt in das Deutschland jenseits der Zonengrenze verboten? Hat die SED noch mehr Angst, als sie insgeheim bereits zugegeben hat?

Die russische Krankheit

DT. Wenn Nikolai Gogol vor rund hundert Jahren in seinem berühmten Roman „Tote Seelen“ den Weg Rußlands in die Zukunft mit einer rasenden, alle Nationen überholenden Troika verglich — „alles bleibt zurück, alles hast du hinter dir gelassen“ — dann war das ein dichterischer Traum, wie ihn die Völker damals liebten. Die Zeiten haben sich inzwischen gewandelt. Aus dem nationalen Rausch ist inmitten einer wachsenden internationalen Verflechtung meist ein nationaler Realismus geworden, der dem Pathos großer Worte nur noch einen bescheidenen Widerhall gewährt. Auffällig ist dabei, daß gerade die Sowjetunion nach einer Periode des Internationalismus eine nationalistiche Renaissance erlebt, die den Ehrgeiz weckt, in der Klasse der Völker unbedingt der Primus zu sein. Moskau will in allen Fächern an der Spitze stehen und alle anderen hinter sich lassen. Aus dichterischen Vision Gogols ist der eifersüchtige Drang geworden, nach ihrem Bild die Wirklichkeit zu formen. Diese streberische Mentalität, der wir auch die „kolossalen“ Moskauer Wolkenkratzer sowie die angebliche Herkunft aller wesentlichen Erfindungen aus dem russischen Genie verdanken, enthält bereits ein Element der Unverträglichkeit und der Spannung, das die politische Verständigung mit Moskau so schwierig macht.

Zur Psychologie der Sowjets

Ohne es zu wollen, hat Chruschow soeben diesen psychologischen Untergrund der sowjetischen Politik wieder einmal enthüllt. Wenn das geschieht, dann kommt immer die etwas psychopathische Neigung zu einem an sich unberechtigten Minderwertigkeitskomplex zum Vorschein, der dadurch kompensiert werden soll, daß die Sowjets um jeden Preis die Produktion der freien Welt und vor allem die der USA einholen und überflügeln wollen. Chruschow kann es offenbar schwer ertra-

gen, daß in der Sowjetunion im Jahre 1956 nur 22,3 Kilogramm Fleisch pro Kopf der Bevölkerung erzeugt worden sind, während die USA es auf 102,3 Kilogramm gebracht haben. Hinsichtlich der Milchproduktion nannte er die Vergleichsziffern 245 Kilogramm in der Sowjetunion und 343 Kilogramm in den USA. Diese Ziffern stehen für ihn in einem unhaltbaren Widerspruch zu der Tatsache, daß die Sowjetunion als tragende Kraft des Marxismus-Leninismus die einzige wahre Wissenschaft und, auf sie gestützt, die vollkommenste Organisation des Staates, der Wirtschaft und der Gesellschaft besitzt.

Das ist ein Anspruch, der entsprechende Leistungen fordert. Deshalb proklamierte Chruschow in Leningrad, daß der Stand der amerikanischen Erzeugung an Fleisch, Milch und Butter bereits vor Ende des laufenden Fünfjahresplanes eingeholt und dann selbstverständlich übertroffen werden müsse. Er sagte: „Es ist unsere Pflicht, aus diesem Wettbewerb als Sieger hervorzugehen. Dieser Sieg wird eine größere Wirkung haben als ein Sieg mit der Wasserstoffbombe.“ Chruschow muß leider immer kämpfen, siegen, schlagen und die kapitalistische Welt überwinden — wenn nicht mit der H-Bombe, dann wenigstens mit den Produktionsziffern. „Wir haben nicht die Absicht“, sagte er, „die kapitalistische Welt mit Bomben in die Luft zu sprengen. Holen wir die USA mit der Erzeugung von Fleisch, Butter und Milch ein, so lassen wir damit das stärkste Torpedo gegen die Kapitalisten los.“ Angesichts der „brüderlichen Verbundenheit“, die zwischen Moskau und Pankow besteht, wollen wir wenigstens hoffen, daß auch die Kühn der Zone in die verheißene Leistungssteigerung einbezogen werden, damit endlich die noch immer bestehende Rationierung aufgeben und der frühere, vorkommunistische Lebensstandard wieder erreicht werden kann.

Das in diesem Zusammenhang Wichtige, Natürliche und Selbstverständliche hat Chruschow in seiner Leningrader Rede nur nebenbei erwähnt: daß nämlich,

wie er sagte, das sowjetische Volk noch besser leben und einen kulturell noch höheren Stand erreichen müsse. Das ist die volle Wahrheit. Jeder wird ihr zustimmen und in ihrer Erfüllung ein Element des Friedens sehen. Schließlich ist es der Sinn der Wirtschaft — ob sie frei gestaltet oder kommunistisch geplant und gelenkt wird —, dem Volk einen stets wachsenden Lebensstandard zu vermitteln. Nur ist es bedenklich, daß Chruschow eigentlich nicht an dieses ebenso friedliche wie lobenswerte Ziel denkt, sondern auch hier vor allem siegen schlagen und die sogenannte kapitalistische Welt „torpedieren“ will, der er sonst salbungsvolle Predigten über die Koexistenz hält. In dieser eifersüchtigen, überempfindlichen und unverträglichen Mentalität, die dazu noch mit einem traditionellen Mißtrauen gepaart ist, liegt der krankhafte Zug der sowjetischen Politik. Es ist die russische Krankheit.

Gesundheit durch Abrüstung

Wenn die von Chruschow betonte Notwendigkeit, dem sowjetischen Volk einen höheren materiellen und kulturellen Lebensstandard zu vermitteln, von den Machthabern des Kreml wirklich ernst gemeint ist, dann könnte man hierin ein positives Zeichen der weiteren Entwicklung sehen. Der Wohlstand der Völker, mag ihre Wirtschaft kommunistisch oder privatwirtschaftlich organisiert sein, gedeiht nur in einer Welt, die politisch entspannt und von gigantisch wachsenden Rüstungskosten entlastet ist. Höchster Rüstungsstand und höchster Lebensstandard stehen sich gegenseitig im Wege. Kein Volk der Welt ist heute in der Lage, beides zugleich zu sichern. Auch der Weg zur Gesundheit des sowjetischen Lebensstandards führt über die Abrüstung. Keine Macht der Welt wird diesem Weg Hindernisse bereiten.

Vielleicht liegt hier — neben der für alle tödlichen Gefahr des atomaren Wettrüstens — die Erklärung dafür, daß nach Meinung der Beteiligten auch Moskau heute für die Inangangsetzung eines Abrüstungs-

(Fortsetzung auf Seite 7)

Lieber Leser!

Wir wollen gern wissen, wie die Verteilung unserer Wochenausgabe in der sowjetischen Besatzungszone funktioniert. Die Namen unserer Leser interessieren uns dabei nicht, sondern nur die Orte. Deshalb bitten wir Sie, eine Ansichts- oder Postkarte mit falschem Absender, aber mit Angabe der Nummer der Ausgabe, auf die Sie sich beziehen, an folgende Adresse zu schicken:

Herrn E. Regni

Berlin-Tempelhof 1

Manfred-v.-Richthofen-Str. 2, II

Falls Sie den kleinen TAG mit der Post erhalten, entfernen Sie bitte Ihre Anschrift, nicht aber die Marke von dem Briefumschlag und schicken Sie ihn in einem anderen Briefumschlag an die obige Anschrift.

Wir danken Ihnen für Ihre Hilfe.

6-Punkte-Abrüstungsprogramm

Keine neuen Atommächte — Zonen für Luftinspektion

Washington (AP/DPA). Die USA werden der Londoner Abrüstungskonferenz demnächst einen Teilabrüstungsvorschlag unterbreiten, der als Hauptpunkt den Verzicht aller jener Staaten auf Atomwaffen vorsieht, die zur Zeit noch nicht im Besitz solcher Waffen sind. Das verlaute nach einer Sitzung des Nationalen Sicherheitsrates der USA.

Das von den USA gewünschte Teilabrüstungsabkommen soll folgende sechs Punkte enthalten:

1. Das von den Mitgliedern des UN-Abrüstungsunterausschusses auszuhandelnde Abkommen soll allen Staaten offenstehen.

2. Alle beitretenden Staaten, die noch nicht im Besitz von Atomwaffen sind, verpflichten sich, weder Atomwaffen herzustellen noch zu erwerben.

3. Die Großmächte setzen ihre derzeitige Rüstung mit Ausnahme der atomaren Bewaff-

nung um 10 bis 15 Prozent herab oder verringern sie um eine gewisse Anzahl bestimmter Waffen. Unter diese Kategorie fallen Flugzeuge, Raketenwaffen, die für den Einsatz von Atom- und Wasserstoffsprengsätzen geeignet sind, U-Boote und andere Kriegsschiffe, sowie Panzerwagen und schwere Geschütze.

4. Die den nationalen Arsenalen entzogenen Waffen sind an international kontrollierte Arsenale abzuliefern.

5. Die USA und die Sowjetunion verringern die Mannschaftsstärke ihrer Streitkräfte auf je 2,5 Millionen Mann. Die Ausgaben für die Streitkräfte werden entsprechend gekürzt. Diese Abrüstungsmaßnahmen unterliegen der Überwachung durch internationale Inspektoren.

6. Die USA, die Sowjetunion und möglichst auch einige andere Vertragspartner errichten eine oder mehrere Inspektionen, die der Luft- und Bodenüberwachung unterworfen sind.

Ungeduld und Langmut

Gedanken über den Notenwechsel Bonn — Moskau

dieser Möglichkeit Gebrauch zu machen.“

Der ganze Gegensatz zwischen der sowjetischen und der deutschen Politik ist in den beiden Zitaten eingefangen: die Sowjetregierung wünscht eine Verbesserung ihres Verhältnisses zur Bundesrepublik, sie will mehr Maschinen aus Westdeutschland beziehen und möchte uns mit Oper, Ballett und Zirkus erfreuen, aber es geht ihr dabei nur um Westdeutschland, die Sowjetzone steht auf einem anderen Blatt, sie befindet sich im Herrschaftsbereich des Kreml, aus dem sie bei einer Wiedervereinigung Deutschlands in Freiheit entlassen werden müßte. Die Bundesregierung dagegen hält wirklich gute Beziehungen erst dann für möglich, wenn die Sowjetunion ihre Machtposition in Deutschland aufgibt und ein freies, geeintes Deutschland zuläßt. Dieser Standpunkt läßt an Deutlichkeit nichts zu wünschen übrig. Seine Elemente sind ein gewisser Druck und eine bescheidene Verlockung. Man sagt den Sowjets und will es ihnen immer wieder sagen: ihr könnt in der Bundesrepublik nichts erreichen, solange ihr nicht in der Frage der Wiedervereinigung ein Einsehen habt. Zeigt ihr aber dieses Einsehen, dann kann Deutschland euch viel bieten.

Die Kritik der Oppositionsparteien im Bundestag an der Ostpolitik der Bundesregierung setzt an diesem Punkt an. Man müsse, meinen sie, den „Preis“, der für die Wiedervereinigung geboten werde, den Sowjets deutlich vor Augen stellen. Wenn die Regierung dieser Aufforderung auch in ihrem neuen Memorandum nicht gefolgt ist, so aus der Erfahrung heraus, daß gerade totalitäre Regierungen in diplomatischen Verhandlungen die Angewohnheit haben, Zugeständnisse zwar anzunehmen, aber nicht mit Gegenleistungen zu honorieren. Die Bundesregierung hat deshalb jetzt den Spieß umgekehrt. Sie legt der Sowjetregierung die Frage vor, welche Bedingungen sie eigentlich für die Wiedervereinigung stellt. Diese Frage, deren Berechtigung nicht

(Fortsetzung auf Seite 4.)

Zähes Ringen in Moskau erwartet

Bonn macht Abkommen von Zugeständnissen abhängig

Bonn (Eigenmeldung). Die Bundesregierung will die bevorstehenden Verhandlungen in Moskau so zäh und zielstrebig führen, daß auch in derjenigen Frage ein Erfolg erzielt wird, die für die Bundesrepublik von größtem Interesse ist: die Rückführung der in Rußland festgehaltenen Deutschen. Nach Ansicht maßgebender Stellen der Regierung legt die Sowjetunion großen Wert auf eine Erhöhung der Einfuhren aus Westdeutschland, vor allem Maschinen und technisches Gerät.

Da die Bundesregierung an einer Verbesserung des wirtschaftlichen Austauschs weit weniger interessiert ist, hofft sie, die Sowjetregierung in den Verhandlungen zu Zugeständnissen in bezug auf die zurückgehaltenen Deutschen veranlassen zu können. Die Verhandlungen sollen von vornherein so angelegt werden, daß die Sowjetregierung den Zusammenhang zwischen den beiden Fragen versteht.

Zu diesem Zweck werden voraussichtlich drei Unterkommissionen eingerichtet, die sich mit je einer dieser Fragen beschäftigen. Von deutscher Seite werden aber in bezug auf die wirtschaftlichen Wünsche der Sowjetregierung keine Zugeständnisse zu erwarten sein, solange die Sowjetregierung nicht den deutschen Wünschen hinsichtlich der zurückgehaltenen Deutschen entgegenkommt. Man bezeichnet diese Verhandlungsweise in der Diplomatensprache mit „pari passu“: ein Schritt in der einen Sache ist nur dann

zu erwarten, wenn auch ein Schritt in der anderen Sache erfolgt. Dieser Verhandlungsplan wird durch den sowjetischen Wunsch, im Zusammenhang mit der Rückführung der Deutschen

auch die Repatriierung der in Westdeutschland lebenden Russen zu behandeln, nicht gestört. Die Bundesregierung dürfte auf diesen Wunsch eingehen, wobei allerdings keineswegs daran gedacht ist, irgendeinen Russen in Westdeutschland zur Rückkehr in die Sowjetunion zu zwingen. Vielmehr sieht man die vor wenigen Tagen zwischen dem Deutschen und dem Sowjetischen Roten Kreuz getroffene Abmachung als Vorbild an, nach der jeder Rückkehrwillige schriftlich sein Einverständnis mit der Repatriierung erklären muß.

Ungeduld und Langmut

Fortsetzung v. Seite 3
zu bestreiten ist, verfolgt einen doppelten Zweck: nennt die Sowjetregierung erfüllbare Bedingungen, so kann und will man darüber weitersprechen, weigert sie sich aber, ihre Bedingungen klar auszusprechen, oder sind die Bedingungen unerfüllbar, so kann die Bundesregierung erneut feststellen, daß die Sowjetunion in Wirklichkeit eine Wiedervereinigung in Freiheit überhaupt nicht wünscht.

Welche Antwort die Bundesregierung erwartet, ist nicht zweifelhaft. Ein halbes dutzendmal sagt sie in ihrem Memorandum unverblümt, die Sowjetunion wolle ja doch kein freies, geeintes Deutschland, sie sagt es mit einer Offenheit, die den andern bloßstellen, aber wo-

möglich auch zum Widerspruch reizen soll. Das Memorandum enthält, übrigens ebenso wie die Antwort auf die sowjetische Atomnote, allerlei psychologische Feinheiten und diplomatische Tricks dieser Art, die den besten auswärtigen Diensten der Welt Ehre machen würden. Die erstaunlich lange Wartezeit, die man seit der letzten sowjetischen Deutschlandnote vom 22. Oktober verstreichen ließ, ist dem Memorandum in dieser Hinsicht zugute gekommen. Vor allem spiegelt sich in dem neuen Dokument vorzüglich die Mischung von Ungeduld und Langmut, mit der das deutsche Volk die sowjetische Politik in der Deutschlandfrage beobachtet. In der Ungeduld liegt ein Ton des Schmerzes, aber die Langmut, mit der immer wieder die Notwendigkeit der Wiedervereinigung und ihre Vorteile an für die Sowjetunion auseinandergesetzt werden, gibt dem Schriftstück eine eigene Würde.

Es ist offensichtlich, daß die Bundesregierung sich in der Frage der Wiedervereinigung den langfristigen weltpolitischen Strömungen anvertraut, die in den vergangenen Jahren so manche Überraschung gebracht haben. Einstweilen bezieht sie gegenüber der Sowjetunion eine klare, auf nüchterne Erfahrungen gegründete Position, von der aus man auch die im Juni in Moskau beginnenden Verhandlungen über Handel und Repatriierung führen wird. Daß es eine Position des Mißtrauens ist, hat der Kream sich selbst zuzuschreiben.

Falsche Musterungsbescheide

SED-Fälschungen sind ungewollte Werbung für Bundeswehr

Düsseldorf (AP). Mit den aus der Sowjetzone stammenden falschen Musterungsbescheiden der Bundeswehr, die an Dienstpflichtige des vierten Quartals des Geburtsjahrgangs 1937 gerichtet waren, haben sich tatsächlich vereinzelt Jugendliche bei den Annahmestellen in Düsseldorf und Köln gemeldet. Dies teilte das Wehrbereichskommando III (Nordrhein-Westfalen) am Montag mit.

Die getäuschten Jugendlichen wurden von Offizieren über die Fälschung aufgeklärt. Nach der Mitteilung war die Entrüstung über die bewußte Irreführung so stark, daß mehrere Jugendliche sich auf der Stelle zum

freiwilligen Dienst Eintritt in die Bundeswehr entschlossen. Die falschen Musterungsbescheide waren ausschließlich an Sowjetzonenflüchtlinge übersandt worden.

Vertrauen für Dibelius

Hamburg (epd). Der Rat der Evangelischen Kirche Deutschlands hat sich gegen die in der Sowjetzone erhobenen Angriffe auf Bischof Dibelius gewandt und betont, der Rat wisse sich in seinem Vertrauen zu Dibelius einig mit der evangelischen Christenheit. Die Angriffe auf den Bischof hätten solche Formen angenommen, daß es sich erübrigt, auf sie einzugehen.

So sind sie wirklich:

Wen die Partei verstößt . . .

Im August 1950 erschütterte die erste große stalinistische Säuberung die Kader der SED. Männer, wie der zum engsten Führungsgremium der Partei gehörende Paul Merker und der Chefredakteur des SED-Zentralorgans „Neues Deutschland“, Lex Ende, wurden innerhalb weniger Stunden aus ihren Stellungen gefegt, weil sie zu einer bestimmten Zeit in der westlichen Emigration oder in Jugoslawien gewesen waren. Viele der Betroffenen stiegen morgens noch in ihre Dienstwagen, um auf dem Büroschreibtisch die Parteizeitung mit dem bereits veröffentlichten Verdammungsurteil zu lesen. Lex Ende erfuhr es durch seinen Chauffeur, Paul Merker wurde gleich verhaftet, mit einem aber leistete sich das Zentralkomitee einen besonderen „Spaß“ . . .

Schreck im Urlaub

Walter Beling, damals Chef der Organisationsabteilung des SED-Zentralkomitees, wurde einen Tag zuvor von Ulbricht selbst in das Erholungsheim der obersten Parteispitze geschickt. So erfuhr er nichts mehr von jener dramatischen Nachtsitzung, auf der Ulbricht den Mitgliedern des Politbüros die entsprechenden Parteibeschlüsse verlas. Eine geschickte Regie verstand es, an dem darauffolgenden Morgen jenes Funktions-Erholungsheim

ohne Zeitungen zu lassen, so daß Beling noch 48 Stunden lang nichts von seiner Absetzung wußte. Als er dann aus Ostberlin einen Dienstwagen anforderte, um im Zentralkomitee „nach dem Rechten zu sehen“, erklärte ihm sein Sekretär: „Du kommst noch früh genug, wenn du den nächsten Dampfzug nimmst . . .!“

Inzwischen hatte Beling das „Neue Deutschland“ gelesen und den Schreck verdaut. Und da er es als alter Apparatschik für sinnlos hielt, sich in dieser Phase mit Ulbricht oder einem seiner ehemaligen Mitfunktionäre zu unterhalten, blieb er einfach im Erholungsheim, wo ihn niemand behelligte. Erst nach sechs Wochen kam der SSD: „Kleine Vernehmung . . .“

WALTER BELING

Bis dahin hatten sie nur darauf geachtet, daß Beling nicht „die Kurve nahm“.

„Mir kann keiner!“

In diesen Tagen ist Walter Beling Leiter der Hauptabteilung I, das ist die politisch bedeutsame Europa-Abteilung, im Pankower Außenministerium geworden. Er fungiert dort als Mann des Moskauer Apparats, dem kein SED-Zentralkomitee und kein Ulbricht mehr etwas anhaben kann. Gleichzeitig wurde Beling Mitglied des Kollegiums im Zonenministerium. Seine Funktion ist weit bedeutender als die des NDPD-„Ministers“ Lothar Bolz. Er ist damit der erste prominente Kommunist der Säuberung von 1950, der wieder in ein hohes Amt hineinschlüpfen konnte. Was aber gab diesem gewiegten Altkommunisten bereits damals jene Sicherheit? Als Anfang September 1950 die noch nicht verhafteten Westemigranten zu Beling kamen, um ängstlich Rat zu suchen, erklärte dieser: „Mir kann keiner! Wenn ich auspacken würde . . .“

Und Beling packte aus. Aber nicht vor Ulbrichts Zentraler Parteikontrollkommission sondern vor den Pankower MWD-Offizieren. Die Sowjets erhielten von Beling Internas aus der Glanzzeit der Weimarer KPD, die sie sich nie hätten träumen lassen. Mit 25 Jahren war Beling im Jahre 1924 zur KPD gestoßen, nachdem er sich bewährt hatte. Bald gehörte er zu den engsten Vertrauten der Gruppe um Wilhelm Pieck und wurde als Mitarbeiter des „M“-Apparates — des bewaffneten Militärapparates des KPD-Zentralkomitees — von den sowjetischen GPU-Stellen als Vertrauensmann ausersehen. Wie kaum ein anderer erlebte Beling die Fraktionskämpfe der zwanziger Jahre, für seine sowjetischen Auftraggeber enthielt er die zumeist kläglichste Rolle Ulbrichts und Piecks. Beling war auch einer der

wenigen Kommunisten, die Piecks Verrat in der Luxemburg-Liebkecht-Affäre kennen. Thälmann selbst schob schließlich den „Mann, der zu viel wußte“, als Parteilehrer auf die sogenannte „Reichsschule der KPD“, den Vorläufer der SED-Parteihochschule, ab.

Emigration im Auftrag

Den Sowjets sind viele dieser Dinge entgangen, weil man bald darauf die GPU säuberte und damit leider auch die Akten über die Ulbricht und Pieck. So befahl Ulbricht seinem Genossen Beling, 1933 in Deutschland zu bleiben, in der Hoffnung, dieser würde den Nazis zum Opfer fallen. Diese aber kannten Belings interne Rolle nicht und ließen ihn nach zweijähriger Haft wieder frei. Er ging nach Prag, von wo aus ihn sowjetische Geheimdienstleute nach Südf frankreich schickten. Seine dortige Rolle wollte Ulbricht nun 1950 zum Anlaß nehmen, um den nach 1945 wieder avancierten Beling endgültig zu liquidieren.

Aber die Sowjets legten Beling „auf Eis“. Er arbeitete „zur Bewährung“ als Archivar, Filmtheaterdirektor und zuletzt als staatlicher „Filmkommissar“ im Pankower Kulturministerium. Vergeblich versuchte Ulbricht, den vitalen Altkommunisten in die trübe Atmosphäre des Falles Berija hineinzuziehen. Nach dem 17. Juni 1953 warf er Beling „partei feindliche Beziehungen zu Defätisten und Verschwörern“ vor. Aber die Sowjets schienen zu wissen, warum Ulbricht und Pieck diesen Beling aus dem Wege räumen wollten. Jetzt ist er wieder da, noch dazu in beachtlicher Regierungsfunktion. Ein Trumpf für Beling, und ein Trumpf für die Sowjets. Denn: Auch diese haben sich einen Mann erneut verpflichtet, der bei Ulbricht längst unter die Räder geraten wäre. Und so etwas ist im Außenministerium eines „sovereänen“ Staates trotz zahlreicher anderweitiger Sicherungen immer gut . . .

Die Torheiten des Generalsekretärs

Ulbricht: „Die Berliner warten verärgert...“

Vergangene Woche tagte in Ostberlin das Parteiaktiv der SED-Betriebsleitung, zur Debatte standen die Juni-Wahlen zu den sogenannten „Volksvertretungen“. Auf dieser Veranstaltung versuchte der 1. Sekretär der Partei, Walter Ulbricht, den versammelten Kommunisten die politische Lage Berlins zu erklären. Er gab dabei eine Einschätzung der vergangenen und gegenwärtigen SED-Politik gegenüber Berlin, die nicht im Schwall ähnlicher Erklärungen untergehen sollte. Enthüllt sie doch die ganze politische Torheit und Ignoranz eines Mannes, der 1957 noch immer nicht begriffen hat, warum Berlin nicht kommunistisch wurde und niemals kommunistisch werden kann.

So versuchte Ulbricht beispielsweise die Tatsache, daß seine Partei in Westberlin keinen Fuß fassen konnte, durch folgende Auslassung zu erklären: „Die Westmächte forderten (in Westberlin!) die baldige Durchführung von Wahlen, damit sie noch die ideologische Verwirrung aus der Hitlerzeit und den Schmerz über die Niederlage Deutschlands im Kampf gegen die antifaschistisch-demokratischen Kräfte ausnützen könnten. Das Wahlergebnis war der Ausdruck des Ärgers über die Niederlage Deutschlands im Hitlerkrieg und ihre Folgen!“

Es gibt zwei Möglichkeiten: Entweder wollte Ulbricht mit diesem Satz die kommunistische Einstellung gegenüber freien Wahlen entschuldigen, oder aber er hat noch immer nicht begriffen, daß sowohl das Berliner Wahlergebnis von 1946 als auch jenes von 1954 seinen Ursprung haben mußte in einem Demokratisierungsprozeß, der die Berliner jegliche Form einer Diktatur verabscheuen ließ. Es spricht viel dafür, daß Ulbricht diese Entwicklung nicht begriffen hat. Sonst könnte er nicht an anderer Stelle erklären, es sei durchaus möglich, daß die Kommunisten in absehbarer Zeit auch in Westberlin das Übergewicht bekämen!

Aber noch eines ist interessant. Ulbricht macht den Westmächten zum Vorwurf, daß sie die Berliner anderthalb Jahre nach Kriegsende wählen ließen. Für ihn war dies „vorzeitig“, da die Berliner — wie er meint — damals noch „über die Niederlage Hitlers verärgert“ waren. Wie will solch ein Mann jemals das Phänomen des Berliner Widerstands gegen den

Kommunismus verstehen, wenn er derartigen Unsinn über die Lippen bringt?

Was ist entscheidend?

Weiter versuchte Ulbricht, die Tatsache des unterschiedlichen Lebensstandards in Ost- und Westberlin zu erklären. Er sagte dazu: Entscheidend sei nicht, ob es diese oder jene Ware in Westberlin oder in Ostberlin in größerer Menge oder besserer Qualität gäbe, sondern — „entscheidend ist die Gesamtheit der Lebensbedingungen der Werktätigen“.

Woraus aber resultiert denn diese letzten Endes? Doch aus eben jenen Dingen, die Ulbricht für unbedeutend, für „nicht entscheidend“ hält! Hätte der Generalsekretär diese Rede vor Fabrikarbeitern Leningrads gehalten, würde man ihm ver-

Neue Westberlin-Politik?

Nur unter diesem Aspekt läßt sich die jüngste, vielbeachtete Rede Ulbrichts betrachten. Dazu aber kommt noch etwas. Ulbricht, der Zug um Zug die ökonomische Macht der Zone in die Hände kommunistischer Fachleute wie Selbmann und Leuschner überleiten muß, mischt sich wieder verstärkt in die Tagespolitik. In Berlin haben er und seine Leute den unprofilierten thüringischen SED-Sekretär Hans Kiefert als Parteichef eingesetzt. So wird die Ost- und Gesamtberliner SED-Politik wieder nach dem Geschmack Ulbrichts gemacht, der den bisherigen Berliner SED-Chef Alfred Neumann durch Übernahme in das Zentralkomitee korrumpierte. Kiefert vermag Ulbricht keine eigene Ein-

SSD, herhören!

Der kleine TAG wird verandt und verteilt ohne Rücksicht auf die politische Gesinnung des Empfängers. Gegner sind als Empfänger sogar besonders beliebt, denn sie haben es nötiger als andere, die Wahrheit zu erfahren. Wer Verdacht hat, daß seine Post überwacht wird, kann den kleinen TAG also ruhig bei der Polizei oder beim Bürgermeisteramt oder bei seiner Dienststelle abgeben. Übrigens wird er auch dort gern gelesen.

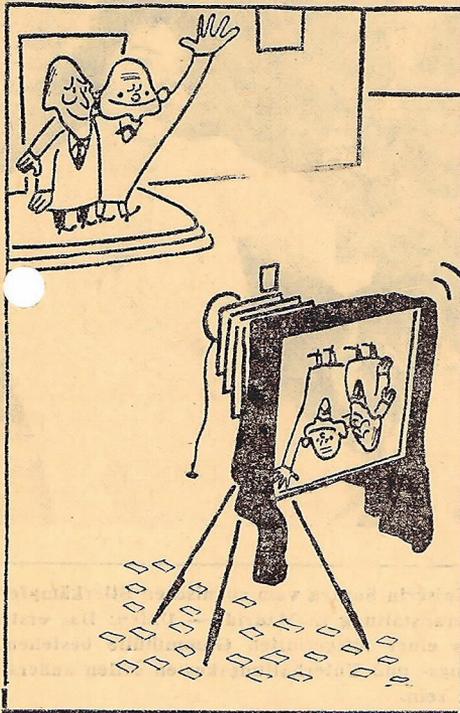
Herausgeber: Deutschland-Verlag GmbH., Berlin-Tempelhof 1, Manfred-von-Richthofen-Str. 2.
 Druck: W. Büxenstein, GmbH.

zeihen und das Ganze mit einer Spielart primitivster kommunistischer Agitation erklären. So aber war diese Rede für Ostberliner Arbeiter bestimmt, die sie am nächsten Tage in allen Zeitungen lesen sollten, und die täglich in der Lage sind, ihren Lebensstandard mit dem ihrer Kollegen in Westberlin zu vergleichen...

schätzung der Lage entgegenzusetzen. Er sieht die Berliner Dinge durch die Erfurter Brille und glaubt Ulbricht aufs Wort. Wohin aber soll das führen?

In Kürze werden die Westberliner SED-Kreissekretäre zu einer internen Konferenz zusammenzutreten, um auf Grund jener Ulbricht-Rede die neue kommunistische Westberlin-Politik festzulegen. Soweit sie durch ihre Arbeit nicht bereits zu willen- und meinungslosen Zynikern geworden sind, haben diese Leute Ulbrichts Referat auf der Ostberliner Aktivtagung mit einigem Erschrecken angehört. Denn letzten Endes sind sie es, die einmal die politischen Torheiten ihres Generalsekretärs bezahlen müssen.

Wahlkampf in der Bundesrepublik



Wie die SPD es sieht

Bei Eisenhower in Gettysburg



Adenauer: „Wieso verwunderlich, ich bin mit Oppositionen immer fertig geworden!“

Die russische Krankheit

Fortsetzung von Seite 2

Während eine größere Neugier zeigt als bisher. Über die Berechtigung dieses Optimismus werden wir in den nächsten Tagen erste Aufschlüsse erhalten, wenn die Delegierten des Londoner Abrüstungsausschusses, mit neuen Instruktionen versehen, wieder am Verhandlungstisch versammelt sind. Es geht dort noch immer um den ersten Schritt, der in der Einrichtung einer Inspektionszone bestehen soll.

Für uns Deutsche, die wir eine umfassende Abrüstung einmütig bejahen und fordern, ergibt sich dann die brennende Frage, auf welcher Stufe die Wiedervereinigung unseres Landes mit der Abrüstung in Verbindung gebracht werden soll. Das kann auch zu spät erfolgen.

Vor allem aber kommt es darauf an, daß der Grundsatz dieser Verbindung bestehenbleibt und zur rechten Zeit zur Geltung gebracht wird. Die rechte Zeit ist dann gegeben, wenn im Zuge der Abrüstungsprozedur eine Situation geschaffen werden kann, in der Moskau aus eigenem, wohlverstandenen Interesse einem umfassenden Abrüstungsabkommen den Vorzug vor einer Fortdauer der deutschen Spaltung geben mag. Es ist die Aufgabe der westlichen und vor allem der deutschen Diplomatie, alles zu tun, um diese Situation und diesen Anreiz — Leistung gegen Preis — herbeizuführen.

Allerdings ist es notwendig, daß die deutsche Politik sich der Parallelität der Verhandlungen über die Abrüstung und

der Bemühungen um die Wiedervereinigung bewußt ist und also in eigener Initiative auf jener Ebene aktiv wird, auf der das deutsche Problem behandelt werden muß. Das ist nicht nur das im gemeinsamen Arbeitsausschuß geführte ständige Gespräch mit den Westmächten, sondern auch der diplomatische Kontakt mit Moskau. Die deutsche Antwort auf die höchst unfreundliche und unerfreuliche Note Moskaus vom 22. Oktober wird morgen veröffentlicht werden. Wir werden dann sehen, ob die Bundesregierung über die Abwehr unmöglicher sowjetischer Zumutungen hinaus neue Anregungen gibt oder wenigstens neue Fragen stellt, deren Beantwortung durch Moskau das Problem weiter zu klären vermag. Es fehlt demnächst zwischen Bonn und Moskau nicht an Gelegenheiten, dieses Gespräch zu vertiefen.



BILDER DER WOCHE: Oben: Handkuß für Kaiserin Soraya vom spanischen Stierkämpfer Antonio Chenel während der Pause einer Veranstaltung in Madrid. — Unten: Das erste Ballonflugzeug, bei dem die Tragflächen aus einer luftgefüllten Gummihülle bestehen, erhob sich in England in die Lüfte. Herstellungs- und Unterhaltungskosten sollen äußerst niedrig sein.

